
Krisen und Perspektiven des Interventionismus

Karl Georg Zinn

Die allgeläufige Vokabel „Interventionismus“ wird meist pauschal ohne die dem interventionistischen Denken immanente theoretische Präzisierung benutzt. Es erscheint daher geboten, etwas ausführlicher auf die begriffliche Seite des Interventionismus-Problems einzugehen. Das Sammelsurium staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, das manche Autoren mit ihrer Vorstellung über „interventionistische“ Wirtschaftspolitik verbinden, entspricht nämlich gerade nicht dem Interventionismus als einer theoretisch fundierten Wirtschaftspolitik. Interventionistische Wirtschaftspolitik – und um diese soll es hier gehen – gründet sich auf die Kreislauftheorie. Damit ist der wesentliche Unterschied zwischen Interventionismus und Wirtschaftsliberalismus von den theoretischen Grundlagen her bestimmt. Die Kreislauftheorie gibt auch die Kriterien, um interventionistische Wirtschaftspolitik von den vielfältigen willkürlichen Staatseingriffen abzugrenzen, die sich seit Beginn der industriellen Entwicklung registrieren lassen; Eingriffe, die häufig als „Feuerwehrmaßnahmen“ nach marktwirtschaftlichen Betriebsunfällen ergriffen wurden und dann fälschlicherweise als Beweise für die „interventionistische“ Willkür flinke Kritik fanden. Jene abrupten und punktuellen Ad-hoc-Maßnahmen, die ohne theoretische Leitvorstellung ergriffen werden und in akuten Notlagen dirigistisch auf Symptome – nicht auf Ursachen – einzuwirken suchen, sind vom theoretisch fundierten Interventionismus scharf zu trennen. Im folgenden soll daher zwischen *Interventionismus* und *Dirigismus* unterschieden werden.

1. Interventionismus und Wirtschaftsliberalismus

Der Interventionismus betrachtet die Gesamtwirtschaft als ein System, dessen immanente Prozesse nur zufällig zu einem gesamtwirtschaftlich erwünschten Zustand führen. Interventionistische Politik versteht sich daher als *notwendige* fortlaufende Korrektur des aus dem Konglomerat einzelwirtschaftlicher Entscheidungen resultierenden Gesamtprozesses der Volkswirtschaft. Dabei sind sowohl Instrumentarium als auch Reichweite der interventionistischen Politik recht verschieden. Die Variationsbreite des Interventionismus ändert sich mit den historischen Rahmenbedingungen, wie sie in den jeweiligen politischen Zielsetzungen der Handlungsträger zum Ausdruck kommen. Eine wesentliche Schwierigkeit stellt heute die enge internationale Verflechtung dar, für die der Interventionismus noch keine angemessene Antwort parat hat¹.

Der Unterschied zwischen Interventionismus und Wirtschaftsliberalismus im klassischen Sinn liegt nicht – wie von manchen Interventionismus-Kritikern behauptet wird – in einem schroffen Gegensatz bezüglich der dem Marktmechanismus eingeräumten Stellung, sondern in der differenzierenden Einschätzung der Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Prozesse im Hinblick auf bestimmte politische Ziele. Der Interventionismus impliziert keine harmonietheoretische Vorgabe derart, daß dem autonomen Marktsystem Optimalität zugesprochen würde. Der Interventionismus verhält sich ordnungspolitisch gesehen sozusagen pragmatisch: soweit marktwirtschaftliche Ergebnisse als zufriedenstellend angesehen werden, kann die interventionistische Steuerung minimal gehalten werden; bei steigender Arbeitslosigkeit, wachsenden Disproportionen und sozialschädlichen Entwicklungen greift der interventionistische Staat hingegen intensiver ein. – Die kreislauftheoretische Grundlage interventionistischer Politik legt unter bestimmten (Krisen-)Bedingungen eine stärkere Planorientierung nahe, d. h. interventionistische Steuerung der Gesamtwirtschaft betrachtet – anders als der orthodoxe Wirtschaftsliberalismus – gesamtwirtschaftliche Planung nicht als tabuisierten Bereich. Dennoch läßt sich aus der bedingten Vereinbarkeit von Interventionismus und gesamtwirtschaftlicher Planung keine Identifizierung von Interventionismus und „Planwirtschaft“ im Sinn der Euckenschen Zentralverwaltungswirtschaft oder realer Planwirtschaften vom Sowjettyp herleiten. Völlig abstrus wirken Charakterisierungen interventionistischer Politik als „sozialistisch“. Der Interventionismus hat instrumentellen Charakter – so wie seine theoretische Grundlage, die Kreislaufanalyse. Konservative, sozialdemokratische und sozialistische Regierungen haben wiederkehrend mehr oder weniger konsequent interventionistische Wirtschaftspolitik verfolgt. Die eindeutige Zuordnung des Interventionismus zu sozialistischer Gesellschaftspolitik ist genauso falsch wie die eindeutige Zuordnung der marktwirtschaftlichen Ordnung zum Kapitalismus. Theoretisch waren solche Zuordnungen von Anfang an verfehlt. Die historische Entwicklung hat sie inzwischen auch empirisch widerlegt:

Jugoslawien ist weitaus „marktwirtschaftlicher“ als die französische Planifizierung zu Zeiten de Gaulles oder der japanische staatsmonopolistische Kapitalismus.

Die theoretische Abgrenzung zwischen Interventionismus und Wirtschaftsliberalismus läßt sich nicht durch ein Schwarzweißbild im Sinne des Contra und Pro Marktsteuerung geben. Vielmehr geht es um den jeweils unterschiedlich bemessenen „Korrekturbedarf“ marktwirtschaftlicher Steuerung. Wirtschaftspolitisch betrachtet spitzt sich der Gegensatz von Interventionismus und Wirtschaftsliberalismus auf die Frage zu, ob marktwirtschaftliche Systeme „weitgehend“ automatisch zu einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht tendieren – wie das Saysche Theorem behauptet – oder ob erst durch interventionistische Politik auf einem bestimmten, *politisch* erwünschten Zustand hingelenkt werden muß.

Die marktwirtschaftliche Theorie der Klassiker entfaltete sich bekanntlich ohne kreislauftheoretische Analyse. Die Klassiker fielen kreislauftheoretisch hinter den durch die Physiokraten bereits erreichten Erkenntnisstand zurück. Ihr Bild von einer über tauschwirtschaftliche *Selbststeuerung* optimierten Gesamtwirtschaft wurde in der neoklassischen Theorie gegen die historische Realität immunisiert: Krisen, Ungleichgewichte, sozialökonomische Konflikte werden „außerökonomischen“ Störgrößen zugeschrieben, erscheinen als Folgen der Verletzung der marktwirtschaftlichen Systemlogik. Die Möglichkeit, daß die marktwirtschaftliche Realität – wie unterschiedlich sie sich historisch auch präsentieren mag – *endogen* Krisen und Ungleichgewichte erzeugt, ist durch die theoretische Definition der Marktwirtschaft als ein Gleichgewichtssystem ausgeschlossen.

Bereits in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts hat einer der im deutschen Sprachraum renommiertesten Konjunkturtheoretiker, Emil Lederer, auf die fundamentale *wirtschaftspolitische* Bedeutung der Analyse des „Zirkulationsprozesses“, also des volkswirtschaftlichen Kreislaufs, aufmerksam gemacht. In einer „Schumpeterisch“ inspirierten Kritik an der (neo-)klassischen *Ceteris-paribus*-Ökonomie wies Lederer 1926, wenige Jahre vor der großen Depression, auf jenes zukunftssträchtige Forschungsfeld hin, das die Kreislaufanalyse eröffnet: „Hier tut sich ein weites Feld der Forschung auf, die Grundlage wissenschaftlicher Wirtschaftspolitik, welche schon lange mit Recht an die Theorie den Anspruch gestellt hat, nicht Robinsonaden zu erzählen, noch beständig Teilphänomene isolierend zu erörtern. Alle Ergebnisse solcher Untersuchungen sind nur unter der Klausel: *ceteris paribus* zu erzielen. D. h. sie geben nie ein Bild des *ganzen* Prozesses und stellen jede praktische Konsequenz, welche etwa aus der Theorie gezogen werden könnte . . ., auf eine zu schmale Basis. Erst die Erfassung des Zirkulations- und Akkumulationsprozesses als Gesamtphänomen gibt das theoretische Bild des gesamten Wirtschaftsprozesses und damit die Grundlage für alle Versuche, ihn zu verändern^{1a}.“

Kreislauftheoretisches Denken hebt sich von der neoklassischen Theorie in zwei wesentlichen Punkten ab. Die Kreislauftheorie enthält

erstens kein vorgegebenes Dogma über den optimalen Zustand einer Wirtschaft, sondern registriert „lediglich“ die Zusammenhänge der Einzelwirtschaften unter dem Aspekt ihrer dynamischen Veränderung. Kreislauftheorie versteht sich somit als analytisches Instrument zur Beschreibung. Daß sich auf der Grundlage der Einsicht in Zusammenhänge und Wechselwirkungen dann auch zielgerichtetes wirtschaftspolitisches Handeln begründen läßt, stellt quasi einen Nebeneffekt der Kreislauftheorie dar. Als Erkenntnisinstrument ist die Kreislaufbetrachtung gleichermaßen für antike Sklavenwirtschaften, kapitalistische Marktwirtschaften und sozialistische Planwirtschaften geeignet. Zweitens setzt die Kreislaufanalyse stets auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene an. Der „Blick von oben“ läßt mögliche Disproportionen, Ungleichgewichte zwischen einzelnen Aggregaten sowie auch die Möglichkeit zu ausgleichenden Eingriffen erkennen.

Der individualistischen Wirtschaftstheorie der Klassiker ist eine solche Gesamtbetrachtung als Ausgangspunkt der Analyse fremd. Sie stellen das einzelwirtschaftliche Verhalten des nutzen- bzw. gewinnmaximierenden Wirtschaftssubjektes in den Mittelpunkt. Aus der Beobachtung tauschwirtschaftlicher Anpassungsflexibilität auf einzelnen Märkten schließen die Klassiker auf das Gleichgewicht der Gesamtwirtschaft. Die Gleichgewichtsidee wird zum Glaubenssatz, dem sich die ökonomische Analyse unterordnet: Wirtschaftstheorie sucht angestrengt den Beweis, daß und unter welchen Prämissen ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht möglich ist. Die Formalisierung der Gleichgewichtstheorie durch die neoklassische Schule nimmt sich denn auch wie ein theologischer Gottesbeweis aus. Relevant ist nicht die Frage, ob ein konkurrenzwirtschaftliches System überhaupt gleichgewichtig sein kann, sondern es geht nur um den Nachweis der (logischen) Richtigkeit der Gleichgewichtsthese.

Wirtschaftspolitik auf neoklassischer Grundlage stellt denn letztlich auch immer ein Bemühen dar, die „richtige“ (Adam Smith: „natürliche“) Ordnung herzustellen. Mißstände, Krisen usw. sind von diesem Standpunkt aus sozusagen Folgen der Sünden wider die marktwirtschaftliche Ordnung. Es dürfte dem über die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion Informierten nicht schwerfallen, die vielfältigen Variationen über das Thema „mehr Marktwirtschaft tut not“ auf das neoklassische Grunddogma zu beziehen.

2. Der Inventionismus-Begriff in theoriegeschichtlicher Sicht

Die in den vorhergehenden Abschnitten entwickelte Interventionismusdefinition und die Abgrenzung von Interventionismus und Wirtschaftsliberalismus soll nachfolgend an Hand einer knappen begriffsgeschichtlichen Betrachtung vertieft werden. Hierbei wird speziell auch auf die in den vorhergehenden Ausführungen bereits angedeutete Differenzierung zwischen Interventionismus und Dirigismus eingegangen.

Der Begriff „Interventionismus“ gehört nicht zu den klar definierten Vokabeln der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft. Bemerkenswert ist, daß im neuen achtbändigen „Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft“² das Schlagwort „Interventionismus“ keine Aufnahme fand. Die beiden Vorgänger dieses Handbuchs verzeichnen hingegen „Interventionismus“³ bzw. „Staatsinterventionismus“⁴ noch als selbständige Stichworte.

Röpke faßt den Begriff des Interventionismus sehr weit, indem als interventionistisch alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen begriffen werden, die eine von den durch Selbststeuerungsprozesse der Marktwirtschaft hervorgebrachte Produktion und Verteilung verändern bzw. von vornherein modifizieren, ohne daß jedoch das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln aufgehoben würde:

„Wir betrachten vielmehr die Intervention als Untergruppe der Wirtschaftspolitik und fassen unter diesem Begriff *alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen* zusammen, *die sich dadurch auszeichnen, daß sie die Produktion und Distribution der Volkswirtschaft zu verändern suchen, ohne wie der Sozialismus das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln mit allen seinen Folgerungen beruhende System der Marktwirtschaft aufzuheben*. Jede Maßnahme, die diesen Doppelcharakter trägt, wird mithin als interventionistische zu bezeichnen sein, wie auch immer geartet sie sein mag⁵.“

Als Referenzmodell für eine „richtige“ Ordnung dient Röpke die wirtschaftsliberalistische Konkurrenzwirtschaft. Interventionismus erscheint in seiner wesentlichen Struktur als Abweichung vom *marktwirtschaftlichen* Mechanismus, gewinnt also seine Kontur als eine auf die *Regulierung* der Wirtschaftsprozesse durch staatliche Eingriffe zielende Alternative zur marktwirtschaftlichen Selbststeuerung. Die Negierung „des freien Spiels der Kräfte“⁶ – nicht sozialistische Eigentumspolitik – ist Wesensmerkmal des Interventionismus.

Die begriffliche Präzisierung, die Röpke dem Interventionismus verleiht, ist allerdings seinen Zeitgenossen nicht immer geläufig⁷, und auch später noch fehlt meist die differenzierende Trennschärfe zwischen „interventionistischer“ und „sozialistischer“ Wirtschaftspolitik.

Das von Röpke und anderen pauschal als (Staats)Interventionismus bezeichnete Phänomen erweist sich aus der Perspektive dieser Interventionismuskritik in der historischen Genese als Ergebnis kumulierender Maßnahmen des Staates, die durch Mißstände und Notstände des kapitalistischen Systems – bis hin zum imperialistischen Konflikt des Ersten Weltkrieges – provoziert wurden und letztlich eine irreversible Entwicklung darstellen. Symptomatisch, daß Röpke für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg Bereiche staatlicher Intervention hervorhebt, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg (wieder) staatlicher Regelung in besonderem Ausmaß unterworfen wurden⁸. Sozialpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Wohnungspolitik, aber auch Konjunkturpolitik, Währungspolitik und „Politik der Regulierung des Geld- und Kapitalmarktes mit vorher nicht gekannten, für unmöglich oder nicht erstrebenswert gehaltenen Zielen“⁹. Als ursächliche Faktoren werden

von Röpke für die Zunahme des Staatsinterventionismus angeführt: „Demokratisierung, Nationalismus, Militarismus, Verwirtschaftlichung der Politik und Politisierung der Wirtschaft¹⁰. Verbunden mit der Expansion staatlicher Eingriffe und damit auch ein charakteristisches Merkmal dieser Entwicklung ist die Ausweitung des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt.

Während nun Röpke durchaus einen systematisierenden Definitionsversuch des Interventionismus vorlegte, beschränkt sich Küng in seinem ein Vierteljahrhundert später veröffentlichten Artikel¹¹ auf eine Charakterisierung, die den Interventionismus primär als ein widersprüchliches Konglomerat von Maßnahmen begreift, die „zur Erreichung bestimmter Sonderziele“¹² dienen (sollen). Interventionistisches Handeln erscheint Küng wesentlich als politische Reaktion auf die pseudopluralistische Struktur des „Gruppenkapitalismus“¹³, der häufig zu einem „Chaos der Einzelmaßnahmen“¹⁴ führe.

Das Bild des Interventionismus wird bis heute weitgehend von Kritikern bestimmt, wie sie hier exemplarisch referiert wurden. Damit wird verständlich, daß der Eindruck des Widersprüchlichen, ja Chaotischen vorherrscht und differenzierende Präzisierung in der Interventionismus-Diskussion kaum zu finden ist. Vor allem fehlt die Abgrenzung zwischen Interventionismus und Dirigismus sowie die Qualifizierung des Interventionismus als einer kreislauftheoretisch fundierten Wirtschaftspolitik. Die allzu bequeme Diffamierung des „Interventionismus“ durch seine Kritiker als eines zusammenhanglosen, die „Interdependenz von Rechts-, Staats- und Wirtschaftsordnung . . . , den Allzusammenhang der Preise“ mißachtenden Voluntarismus¹⁵ trifft (nur) den *Dirigismus*, aber gerade nicht den theoriegeleiteten Interventionismus, wie er sich im Anschluß an Keynes seit den dreißiger Jahren herausgebildet hat. Staatseingriffe, die als „Feuerwehroperationen“ konkurrenzwirtschaftliche Fehlentwicklungen in ihren ärgsten Folgen mildern sollen, sind von Anfang der kapitalistischen Entwicklung an ständige Begleiterscheinung des Marktsystems¹⁶. Diese punktuellen Eingriffe charakterisieren staatliche Wirtschaftspolitik, die theorielos und oft mit schlechtem Gewissen zwar gegen marktwirtschaftliche Resultate angeht, ohne jedoch die *Ursachen* der unerwünschten Ergebnisse dingfest zu machen oder gar zu beseitigen. Dirigismus als ungeliebtes Kind kapitalistischer Entwicklung indiziert gerade einen Mangel an systematischer, theoriegeleiteter Gegensteuerung zu konkurrenzwirtschaftlicher Prozeßautonomie. Es ist bezeichnend, daß Küng in seiner Interventionismus-Darstellung zwar auf den besonderen Handlungsanreiz hinweist, den Konjunktur- und Beschäftigungsprobleme auf staatliche Wirtschaftspolitik ausüben, aber auf die fundamentale Neuorientierung beschäftigungspolitischer Steuerung, die dem Keynesianismus zu verdanken ist, nicht eingeht¹⁷. – Zwischen dem „Interventionismus“, der in der Periode nach der Veröffentlichung von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ (1936) konzipiert wurde, und dem wirtschaftspolitischen Dirigismus der vorhergehenden Jahrzehnte, den Eucken treffend als „Wirtschaftspolitik der Experimente“¹⁸ charakterisierte, nimmt Küng – reprä-

sentativ für viele Interventionismus-Kritiker – keine Differenzierung vor. Die in der Tat extreme quantitative Zunahme dirigistischer Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in den meisten kapitalistischen Ländern zeigte, erscheint den Kritikern von gleicher Qualität wie der theoretisch begründete Interventionismus Keynesianischer Prägung. Die qualitative Veränderung – vom Dirigismus zum Interventionismus – bleibt aufgrund einer unzureichenden theoretischen Differenzierung den Kritikern verborgen¹⁹. Eine wesentliche Ursache für die Blindheit gegenüber realen Veränderungen dürfte in der begrifflichen Verkürzung der neoliberalen Ordnungstheorie zu finden sein. Für Eucken und andere gibt es nur zwei Ordnungstypen – in der ganzen Weltgeschichte: die freie Verkehrswirtschaft und die Zentralverwaltungswirtschaft²⁰. Der Interventionismus wird dann – je nach politischer Opportunität – mal als wirtschaftspolitischer Irrtum oder als Folge systemverändernder Subversion bezeichnet.

3. Die Krise des Interventionismus – ein Vollzugsdefizit

Entgegen manchen Interpretationen der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg spielte der Interventionismus in diesem Prozeß keine zentrale Rolle. Im wesentlichen wurde das Wirtschaftswachstum von anderen Faktoren wie dem Nachholbedarf von Konsumenten und Investoren, der (Wieder-)Öffnung der internationalen Märkte, der zivilen Anwendung vorhandener Technologien aus der Kriegs- und Vorkriegszeit sowie der intensiven Ausnutzung billiger Rohstoffquellen in den Ländern der dritten Welt getragen. Der Interventionismus erwies sich allerdings als hilfreich bei der Glättung der konjunkturellen Zyklen, die trotz kräftigen Wachstumstrends auch während der Nachkriegsprosperität mit bekannter Regelmäßigkeit auftraten.

Eine konsequente Anwendung interventionistischer Politik, d. h. die volle Umsetzung der Keynesschen Theorie bis hin zur „Sozialisierung der Investitionstätigkeit“²¹, soweit zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung erforderlich, wurde in keinem kapitalistischen Industrieland praktiziert. Bis Ende der sechziger Jahre schien ein solch radikaler Vollzug des interventionistischen Programms auch überflüssig. Vollbeschäftigung und hohes Wachstum waren im großen und ganzen gewährleistet.

Mit Beginn der zweiten Weltwirtschaftskrise des zwanzigsten Jahrhunderts in den siebziger Jahren wiederholt sich eine politische Entwicklung, die bereits in den dreißiger Jahren in den führenden kapitalistischen Industrieländern beobachtet werden konnte: die Wirtschaftspolitik schlug eine konservative Richtung ein. Soweit zeitweilig – wie in der Bundesrepublik – mit Rückgriff auf interventionistische Beschäftigungsstrategien versucht wurde, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen, erschien der Erfolg unzureichend. Eine massive Antiinterven-

tionismus-Kampagne, die vor allem die in der Öffentlichkeit verbreiteten Ängste vor einer wachsenden Staatsverschuldung schürte, drängte die Wirtschaftspolitik mehr und mehr von der interventionistischen Linie ab. Diese politisch zu erklärende Rücknahme interventionistischer Positionen steht im Gegensatz zu den nachweisbaren beschäftigungspolitischen Erfolgen der bundesdeutschen Fiskalpolitik der Jahre 1974 bis 1979²². Im internationalen Vergleich wies die Bundesrepublik deutlich bessere Ergebnisse sowohl bei der Beschäftigungsentwicklung als auch bei den Inflationsraten als andere Industrieländer auf, die bereits sehr viel früher auf interventionistische Beschäftigungspolitik verzichtet hatten.

Es kann hier nicht ausführlich auf die Unzulänglichkeiten der bundesdeutschen Fiskalpolitik eingegangen werden, die die Effektivität der interventionistischen Maßnahmen nach 1974 beeinträchtigen; auch läßt sich hier nicht ausführlich die zu kurzfristige Orientierung der beschäftigungspolitischen Strategie untersuchen, die vor allem durch die fundamentale Fehleinschätzung bedingt war, es handle sich bei der Krise um eine Art besonders tiefgehender (konjunktureller) Rezession, die sich aber durch einen (konjunkturellen) Aufschwung auch wieder überwinden lasse. Festzuhalten ist jedoch, daß einige Jahre lang (1974–79) interventionistische Politik deutliche Erfolge aufwies und die Fortsetzung *nicht* an prinzipiellen (theoretischen) Unzulänglichkeiten des interventionistischen Konzepts scheiterte, sondern durch politische Konstellationen blockiert wurde. Dem Interventionismus wurde sozusagen durch die politische Entwicklung die Bewährungschance (bisher jedenfalls) verwehrt. Die Krise des Interventionismus – wenn man die Lage so bezeichnen will – ist keine Krise des Versagens der theoretischen Konzeption, sondern der Interventionismus gelangte sozusagen an eine Grenze, die zu überschreiten ein Maß an politischer Legitimation erfordert hätte, das (noch) nicht vorhanden ist. Es fehlt schlicht an politischer Akzeptanz für jene Maßnahme, die in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise notwendig wären, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu reduzieren.

In groben Zügen läßt sich ein interventionistisches Programm, das den bestehenden Problemen adäquat ist, dahingehend umreißen, daß es vor allem um eine Veränderung der Nachfragestrukturen und damit auch der Investitions- und künftigen Wachstumsstrukturen geht. Umweltschutz, neue Energietechniken und neue Verkehrssysteme sind relevante Stichworte. Hierbei wird der Anteil öffentlicher Investitionstätigkeit – sei es in direkter Staatsregie oder durch indirekte Einflußnahme auf den Privatsektor – relativ zunehmen müssen. Die Finanzierung kann nicht – und sollte aus verteilungspolitischen Gründen auch gar nicht – über eine kontinuierlich wachsende Staatsverschuldung erfolgen. Vielmehr sind hierzu dauerhafte Staatseinnahmen, also Steuereinnahmen, erforderlich. Es gehört zu den fundamentalen Fehlern der beschäftigungspolitisch orientierten Fiskalpolitik der vergangenen Jahre, daß die Finanzierung nicht in viel höherem Maße aus Steuern erfolgte.

Hier wurden die Weichen bereits ganz zu Anfang der fiskalpolitischen Expansion (1974/75) falsch gestellt. Gerade die kreislauftheoretische Betrachtung macht ja deutlich, daß der Ausgleich eines privaten Nachfragemangels durch höhere Staatsausgaben *sowohl* durch Kredite *als auch* durch Steuern – bei gleichen Effekten für Produktion und Beschäftigung – finanziert werden kann. Die Steuerfinanzierung ist politisch unbequemer, aber – wenn einmal durchgesetzt – von Dauer. Die Kreditfinanzierung stößt anfangs auf geringeren Widerstand, aber sie ist eben selbstvernichtend; und zwar sowohl politisch – was sich bereits erwiesen hat – als auch ökonomisch, wenn man ernsthaft an eine Rückzahlung denkt²³.

Der Verzicht auf eine planvolle, längerfristig orientierte interventionistische Wirtschaftspolitik bedeutet – entgegen den Hoffnungen mancher Antiinterventionisten – dennoch nicht weniger Staatseingriffe. Nur fehlt den durch die Not der marktwirtschaftlichen Krise provozierten Staatseingriffen das durchdachte Konzept. Die dirigistische „Wirtschaftspolitik der Experimente“ (Eucken) kehrt wieder: Subventionen fließen, Krisenkartelle werden zugestanden, mehr oder weniger versteckter Protektionismus wird zur Alltagsroutine usw. Das kostet ebenfalls öffentliches Geld – nur bringt solche Feuerwehrpolitik die Vollbeschäftigung nicht zurück.

4. Das außenwirtschaftliche Dilemma

In den einleitenden Bemerkungen war bereits auf die Schwierigkeiten interventionistischer Politik hingewiesen worden, die sich heute durch den hohen außenwirtschaftlichen Verflechtungsgrad der Volkswirtschaften ergeben haben. Je höher der außenwirtschaftliche Verflechtungsgrad²⁴ desto größer auch die *Abhängigkeit* der inländischen Beschäftigung von der Nachfrage auf den Auslandsmärkten. Im allgemeinen steigt die außenwirtschaftliche Verflechtung mit dem Bruttosozialprodukt eines Landes und sinkt – im Ländervergleich – mit der Größe des Binnenmarktes. Daraus ergibt sich, daß die Handlungsspielräume interventionistischer Politik für „große“ Länder (z. B. die USA) etwas günstiger einzuschätzen sind als für „kleine“ Länder (z. B. Belgien). Denn eine fiskalpolitisch eingeleitete Nachfrageexpansion wird im Inland einen umso größeren Beschäftigungseffekt auslösen, je niedriger die Exportabhängigkeit des Landes einerseits und die Importquote andererseits liegen. Weltwirtschaftlich betrachtet sind somit die Erfolgchancen interventionistischer Politik *nicht* gleichmäßig verteilt. Dies bedeutet, daß in einer Phase kräftigen weltwirtschaftlichen Wachstums kleinere Länder relativ gute Chancen haben, ihre binnenwirtschaftliche Beschäftigung durch Exportorientierung zu beleben. Die außenwirtschaftliche Absatzausweitung läßt die inländischen Industrien in eine Größenordnung hineinwachsen, die Kostendegressionen (Effekte der Massenproduktion) erlaubt, welche bei Beschränkung auf den Binnenmarkt kaum möglich wären. Andererseits sind die kleineren

Länder von weltwirtschaftlicher Stagnation auch in relativ stärkerem Maße betroffen, da bereits eine leichte Abschwächung der Weltmarktnachfrage zu überproportionalen Kontraktionswirkungen bei den Exportindustrien der kleinen Länder führen dürfte. Zudem sind, wie erwähnt, die interventionistischen Kompensationsmöglichkeiten der kleineren Volkswirtschaften bei hoher Außenwirtschaftsabhängigkeit relativ geringer. Soweit jedoch eine relativ kleine Volkswirtschaft – sozusagen als Ausnahme von der Regel – einen verhältnismäßig niedrigen außenwirtschaftlichen Verflechtungsgrad aufweist, so verfügt sie auch noch über einen entsprechend größeren nationalen beschäftigungspolitischen Handlungsspielraum. Ein Musterbeispiel für einen solchen Sonderfall stellt Österreich dar. Verglichen mit anderen Ländern gleicher Größenordnung ist die österreichische Exportabhängigkeit relativ niedrig²⁵.

Österreich vermochte daher in den vergangenen Krisenjahren noch recht erfolgreich binnenwirtschaftlich orientierte Beschäftigungspolitik zu verfolgen.

Im Hinblick auf die außenwirtschaftliche Abhängigkeit und die damit verknüpften Restriktionen binnenwirtschaftlicher Beschäftigungspolitik ist weiterhin zu berücksichtigen, ob sich die Exportindustrien auf relativ wenige Branchen konzentrieren oder ob die Exporte eines Landes auf die gesamte Produktionspalette der Volkswirtschaft entfallen. Je breiter die Exportbereiche über die Volkswirtschaft streuen, desto eher wird es interventionistischer Beschäftigungspolitik möglich sein, durch binnenwirtschaftliche Maßnahmen einem Exporteinbruch zu begegnen: Kurzarbeit, Anpassungs- und Überbrückungssubventionen, binnenwirtschaftliche Nachfragebelebung und dgl. versprechen weit eher Erfolg, wenn der Exportanteil der einzelnen zu stützenden Industrien jeweils im Bereich zwischen zehn und zwanzig Prozent liegt, als wenn es sich um überwiegend für die Ausfuhr produzierende Industrien handelt, deren Kapazitätsauslastung zu 50 und mehr Prozent von der Auslandsnachfrage abhängt.

5. Interventionismus auf Weltebene

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Wirtschaftspolitik aus dieser Situation? Theoretisch muß die Kreislaufanalyse heute auf die Weltwirtschaft, zumindest auf die Gruppe der außenwirtschaftlich eng verflochtenen Länder ausgedehnt werden. Die Frage nach einem Ungleichgewicht zwischen freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition, also das Kernproblem der Keynes'schen Theorie des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes, stellt sich nicht mehr (nur) für die einzelne Volkswirtschaft, sondern für die Industrieländer als Ganzes; wobei noch zu beachten ist, daß die Dritte Welt wegen ihrer kreditfinanzierten Absorption, d. h., daß ihre Nachfrage am Weltmarkt ihr Angebot übersteigt, bereits in der Vergangenheit zur Lösung der Absatzprobleme der Industrieländer beigetragen hat.

Interventionistische Beschäftigungspolitik wäre heute als eine Art Weltwirtschaftsinnenpolitik zu konzipieren. Expansionsmaßnahmen müßten parallel von allen Industrieländern ergriffen werden, so wie auch innerhalb eines Landes durchgreifende Effekte der Fiskalpolitik nur zu erwarten sind, wenn die verschiedenen Gebietskörperschaften koordiniert handeln. Vereinfacht ausgedrückt: so wie Nordrhein-Westfalen seine Arbeitslosigkeit nicht nach Bayern exportieren kann, so wird dies auf Dauer auch nicht zwischen den Industrieländern möglich sein. Der Versuch *einzelner*, exportstarker Volkswirtschaften, sich Beschäftigungswachstum durch Ausfuhrsteigerungen zu verschaffen, muß scheitern. Selbst wenn keine protektionistischen Abwehrmaßnahmen den Export behindern, ergeben sich aus einer „beggar-my-neighbor“-Politik selbstvernichtende Effekte:

- Exportüberschußländer müssen früher oder später ihre Währung aufwerten, so daß ihr Exportvorteil, den sie sich durch binnenwirtschaftliche Deflationspolitik erkaufte haben, wieder verlorengeht;
- der weltwirtschaftliche Nachfragemangel führt über eine intensivere Konkurrenz zur Vernichtung schwächerer Anbieter; damit steigt die Arbeitslosigkeit und die Absorptionsfähigkeit der Exportmärkte geht weiter zurück, was sich schließlich auch auf die Beschäftigung in exportstarken Ländern auswirken muß;
- die Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Stagnation läßt die Verschuldung der exportschwachen Länder weiter ansteigen; damit erhöht sich nicht nur das Risiko, daß die internationalen Kreditketten reißen, sondern es wird den verschuldeten Ländern auch unmöglich, ihre Schulden irgendwann – durch Exportüberschüsse – zurückzahlen²⁶.

Der Versuch, die weltwirtschaftliche Stagnation durch eine international ansetzende interventionistische Strategie zu überwinden, hat zur Zeit schlechte (politische) Aussichten. Es wird daher in jenen Ländern, die dennoch auf interventionistische Beschäftigungspolitik setzen (beispielsweise Frankreich) kaum etwas anderes übrigbleiben, als sich außenwirtschaftlich durch eine Reduktion ihrer Verflechtung in die Weltwirtschaft abzusichern. Dies bedeutet auf der Importseite zumindest kurzfristig, daß man zu protektionistischen Maßnahmen greifen muß. Auf der Exportseite wird sich einerseits eine Tendenz zum Bilateralismus einstellen, d. h. daß auf den Zweiländer-Ausgleich der Leistungsbilanz geachtet wird, und andererseits dürfte sich eine strukturelle Umstellung der (bisherigen) Exportindustrien auf stärkere Binnenmarktorientierung anbieten. In diesem strukturellen Anpassungsprozeß, der die nationale Volkswirtschaft sozusagen wieder handhabbarer für den binnenwirtschaftlich orientierten Interventionismus machen soll, spielt der Protektionismus keineswegs eine nur vorübergehende Rolle. Die Protektionsmaßnahmen fügen sich nämlich strukturellpolitisch in eine Konzeption, die auf Importsubstitution hinausläuft. Die Einbettung des Protektionismus in den interventionistischen Rahmen stellt die logische Konsequenz aus dem Versagen der Gemeinschaft der Industrieländer dar, sich auf eine internationale beschäfti-

gungspolitische Expansionsstrategie zu einigen. Vom Standpunkt des Wirtschaftsliberalismus aus erscheint eine solche Entwicklung als Katastrophe. Es hat sich jedoch schon einmal – in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre – gezeigt, daß der Zusammenbruch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der trotz aller Protektionstendenzen heute nicht droht, keineswegs bedeutete, daß damit auch jegliche Chancen für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung verloren gingen. Im Gegenteil zeigte sich gerade in jenen Ländern, die mit einem straffen interventionistischen Programm, das zwangsläufig mit außenwirtschaftlichen Reglementierungen (Devisenbewirtschaftung, Ein- und Ausfuhrkontrollen) verbunden war, die Produktion und Beschäftigung anzukurbeln versuchten, auch Erfolg beschieden war.

Der Mangel einer kreislauftheoretischen Durchleuchtung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und das Defizit eines auf weltwirtschaftlicher Ebene ansetzenden Interventionismus ist mit ein Grund dafür, daß die neoklassische Theorie gerade die außenwirtschaftlichen Strategien der Industrieländer dominiert. Der individualistische Ansatz der Neoklassik erweist sich unter den gegenwärtigen Bedingungen hoher weltwirtschaftlicher Verflechtung als handliches Interpretationsmuster der Problemlage. Die Schwierigkeiten werden letztlich auf ein einfaches Erklärungsmuster reduziert, nämlich auf Differenzen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Arbeitslosigkeit erscheint als Mangel an (internationaler) Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Analog zum einzelnen Unternehmen oder auch dem einzelnen Arbeiter, das bzw. der im Konkurrenzprozeß nicht mehr mithalten kann, weil es/er seine Ware zu teuer anbietet, fallen ganze Volkswirtschaften in krisenhafte Zuckungen, wenn ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist. Nicht Nachfragemangel am Weltmarkt und/oder Fehlinvestitionen in gigantischem Umfang geraten ins analytische Blickfeld, sondern die ökonomischen Probleme indizieren nichts weiter als einen Mangel an (internationaler) Wettbewerbsfähigkeit. Remedur schafft denn unter diesem Blickwinkel auch nur eine rigorose Politik der Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit, d. h. eine Politik rigoroser Kostensenkung in der Binnenwirtschaft.

Solch schlichtes Erklärungsmuster für die weltwirtschaftliche Krise vermag die Kreislauftheorie nicht zu bieten. Und der Interventionismus verfügt auch nicht über ein so handliches wirtschaftspolitisches Rezept. Ohne Zweifel weist die Kreislauftheorie – von den Physiokraten über Marx bis Keynes – im außenwirtschaftlichen Bereich sofern ein Defizit auf, als sie sich auf die Analyse der nationalen, der sogenannten „geschlossenen Volkswirtschaft“ beschränkte. Im nationalen Rahmen mag – das gestehen sogar keynesianisch infizierte Neoklassiker zu – ein Ungleichgewicht zwischen freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition, also ein binnenwirtschaftlicher Nachfragemangel bestehen; doch bietet sich eben als Ausweg der Weltmarkt an. Die Bundesrepublik beschritt diesen Pfad recht erfolgreich, wie ihre langjährigen Leistungsbilanzüberschüsse belegen²⁷.

Die Beschränkung des kreislauftheoretisch begründeten Interventionismus auf die geschlossene Volkswirtschaft ist nicht durch eine theoretische Unzulänglichkeit der Theorie derart bedingt, daß die Kreislauftheorie prinzipiell nur auf die nationale Wirtschaft anwendbar wäre. Bedingt ist diese Beschränkung durch das historische Umfeld, in dem die Kreislauftheorie entstand. Die außenwirtschaftliche Verflechtung der kapitalistischen Länder nahm zwar während des 19. Jahrhunderts einen außerordentlichen Aufschwung, aber blieb doch relativ bescheiden, gemessen am heute bestehenden Verflechtungsgrad. Auch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts lag die internationale Abhängigkeit der Industrieländer weit unter dem heutigen Niveau.

Es schien für Keynes eine ausgemachte Sache, daß die von ihm empfohlene Vollbeschäftigungspolitik jene klassische „Lösung“, Arbeitslosigkeit eines Landes durch Exportsteigerung quasi dem Ausland aufzubürden²⁶, überflüssig machen würde: Wenn die Länder durch fiskalpolitische Maßnahmen in die Lage versetzt werden, unzureichende binnenwirtschaftliche Nachfrage auch binnenwirtschaftlich auszugleichen (durch höhere Staatsausgaben) so entfällt die Notwendigkeit, sich Märkte im Ausland zu suchen. – Dieser Mechanismus würde auch weltwirtschaftlich funktionieren, *sofern* alle arbeitsteilig verflochtenen Länder sich zu einer gleichgerichteten Beschäftigungspolitik bereit finden. Diese Hoffnung erwies sich jedoch als illusionär, wie die jüngste Vergangenheit zeigt.

6. Interventionismus und qualitativer Wandel der Weltwirtschaft

Das weltwirtschaftliche Wachstum nach 1945 brachte eine bisher einmalig hohe außenwirtschaftliche Verflechtung der Industrieländer, die zu einer gegenüber der ersten Jahrhunderthälfte anderen Qualität der internationalen Abhängigkeiten führte. Die Anwendung interventionistischer Politik kann daher – entgegen der Keynesschen Empfehlung – nicht mehr umstandslos auf die nationale Volkswirtschaft beschränkt werden: Wenn z. B. mehr als fünfzig Prozent der Kapazität vieler Branchen (z. B. Stahlindustrie, Chemie, Maschinenbau u. a.) auf ausländische Märkte ausgerichtet sind, so läßt sich ein außenwirtschaftlicher Nachfragemangel auch durch noch so hohe binnenwirtschaftliche Ausgabenprogramme nicht ausgleichen. Jedenfalls nicht kurzfristig. Mittel- bis langfristig mag eine Umstellung auf Binnennachfrage denkbar sein, aber dies bedeutet zugleich, daß die außenwirtschaftliche Verflechtung wieder reduziert wird²⁷. Allerdings sind die außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten *kein* Grund, auch dort auf interventionistische Politik zu verzichten, wo sie auch heute noch durchaus starke binnenwirtschaftliche Effekte aufweist, beispielsweise im Bausektor.

Im Gegensatz zum kreislauftheoretisch orientierten Interventionismus hat die liberalistische Gleichgewichtstheorie, wie erwähnt, keine Schwierigkeiten, ihr Modell in den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Analog zum einzelwirtschaftlichen Unternehmen, das

am Markt zu konkurrieren hat, wird auch die ganze Volkswirtschaft als Konkurrent am Weltmarkt interpretiert. Außenwirtschaftliche Probleme reduzieren sich von diesem Standpunkt aus auf den „Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit“. Die Diagnose lautet nie, es besteht ein weltwirtschaftlicher Nachfragemangel, sondern es wird behauptet, die nationale Volkswirtschaft sei nicht mehr wettbewerbsfähig. Das Rezept heißt nationale Deflationspolitik: Senkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, speziell Senkung der Löhne bzw. Lohnkosten, um Terrain am Weltmarkt zu gewinnen. Die Konsequenzen einer solchen Politik, vor allem wenn von *allen* Ländern verfolgt, bleiben außer Betracht.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Zinn, K. G., Außenwirtschaftliches Defizit des Keynesianismus? Kreislauftheoretische Anmerkungen zur Weltwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 63, April 1983, S. 203 ff.
- 1a Siehe Lederer Emil, Der Zirkulationsprozeß als zentrales Problem der ökonomischen Theorie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 56, 1926, S. 1–25 (hier: S. 25)
- 2 Vgl. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, 8 Bde., Stuttgart u. a. 1977 ff. (HdWW)
- 3 Vgl. Küng, Emil, Interventionismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 5, Stuttgart u. a. 1956, S. 321–329 (HdSW)
- 4 Vgl. Röpke, Wilhelm, Staatsinterventionismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. A., Ergänzungsband, Jena 1929, S. 861–882. (HStW)
- 5 S. Röpke, Staatsinterventionismus, I. c., S. 864
- 6 S. ibidem, S. 862. In diesem Sinn auch von Mises in seiner umfassenden Darstellung „interventionistischer“ Eingriffe, die für alle Übel der ökonomischen Welt verantwortlich machte, vor allem die „gestörte“ Lohnbildung, die ein „Niedergleiten der Löhne“ verhindert und damit Arbeitslosigkeit bedinge. Vgl. Mises, Ludwig von, Interventionismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 56, 1926, S. 610–653.
- 7 Vgl. beispielsweise Jessen, Jens, Staat, in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. A., Bd. 3, Jena 1933, S. 419: „Staatssozialismus, Kathedersozialismus (Oppenheim), Interventionismus sind zur Bezeichnung für alle Maßnahmen des Staates geworden, die gegen den ökonomischen Liberalismus gerichtet sind . . .“. Vgl. zu einer relativ frühen begrifflichen Abgrenzung von Liberalismus, Interventionismus und – deutlich zu letzterem abgehoben – Sozialismus Brouilhet, C., Le conflit des doctrines dans l'économie politique contemporaine, Paris 1910; sowie die Rezension dieser Monographie durch Gaston Isambert in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (Grünberg-Archiv), Bd. 1, 1911, S. 495 ff. (Nachdruck: 1979).
- 8 Vgl. Röpke, Staatsinterventionismus, I. c., S. 863
- 9 Ibidem
- 10 Ibidem
- 11 Küng, Interventionismus, I. c.
- 12 Ibidem S. 321
- 13 Ibidem S. 322
- 14 Ibidem
- 15 Ibidem

- 16 Vgl. Polanyi, Karl, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (1944), Wien 1977. – Einer der wenigen Autoren, die auf die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen Interventionismus und Dirigismus hingewiesen haben, ist Rothschild, auch wenn er in dem betreffenden Zusammenhang aus praktischen Gründen bei der synonymen Begriffsverwendung bleibt. Vgl. Rothschild, Kurt W., *Markt, Interventionismus, Politik und die Rolle der Wirtschaftswissenschaft*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Jg. 5, Sonderausgabe: *Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang*, Wien 1979, S. 16, Fußnote 2.
- 17 „Wirtschaftlich sind es in erster Linie die *Konjunktur-Schwankungen* und die Erfahrung der Depressionsperioden mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, die den Anstoß zu einer Vielzahl von Eingriffen aller Art haben. Bereits die langweilige Niedergangsphase der 1880er und 1890er Jahre löste eine Fülle von Schutzmaßnahmen aus.“ Siehe Küng, *Interventionismus* I. c., S. 321. Küng erwähnt Keynes nicht in seinem Handbuchartikel; auch in der Bibliographie taucht Keynes' *Opus* nicht auf.
- 18 Vgl. Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 2. A., Tübingen – Zürich 1955, S. 55 ff.
- 19 „Der Druck der Tagesprobleme ist es, der ... den Anstoß zu Experimenten gab und gibt“, bemerkt Eucken und weist auf ein wesentliches Kennzeichen des punktuellen Lavierens der Wirtschaftspolitik hin, nämlich: „Regelmäßig sind diese Experimente improvisiert. Sie sind meist nicht vorher im einzelnen durchdacht, um später konsequent durchgeführt zu werden.“ Siehe Eucken, *Grundsätze*, I. c., S. 56 f. Für den Dirigismus trifft solche Charakterisierung zu; der Interventionismus hingegen zielt gerade darauf, planloses Improvisieren der Wirtschaftspolitik überflüssig zu machen.
- 20 Vgl. Eucken, *Grundsätze*, I. c., S. 61 ff. *passim*.
- 21 Vgl. Keynes, John Maynard, *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), Nachdruck: London 1964, S. 378 *passim*.
- 22 Vgl. u. a. *Konjunkturelle Effekte der Finanzpolitik 1974 bis 1981. Ergebnisse einer ökonometrischen Simulationsrechnung*, in: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*, Wochenbericht, Jg. 49, Nr. 19/82, vom 13. Mai 1982, S. 249–258.
- 23 Eine Verminderung der Nettoverschuldung des Staates bedeutet, daß ein vorhandenes Ungleichgewicht zwischen (zu hoher) privater Ersparnis und privater Investition in der Tilgungsphase der Staatsschuld verstärkt wird.
- 24 Als Meßziffer der außenwirtschaftlichen Verflechtungsgrade kann der Anteil der Warenausfuhr am Bruttosozialprodukt dienen. Andere Meßziffern (beispielsweise das arithmetische Mittel aus Aus- und Einfuhr bezogen auf das Bruttosozialprodukt sind denkbar, führen aber in der langfristigen Betrachtung zu gleichen Informationen über die außenwirtschaftliche Abhängigkeit eines Landes. Häufig wird auch der Exportwert pro Einwohner als Indikator für die außenwirtschaftliche Verflechtung der Volkswirtschaft benutzt.

25 Land	Warenausfuhrwert pro Einwohner 1980 in DM
USA	1739
Bundesrep. Deutschland	5690
Japan	2019
Großbritannien	3707
Frankreich	3755
Italien	2505
Niederlande	9439
Belgien-Luxemburg	11.390
Schweden	6743
Schweiz	8381
Österreich	4210

Quelle: Stat. Jahrbuch 1982 für die BRD, S. 672 *passim*.

- 26 Siehe nächste Seite
- 26 Symptomatisch für die unzureichende kreislauftheoretische Orientierung der Weltwirtschaftspolitik ist die Tatsache, daß es keine klaren Vorstellungen über die langfristig *notwendigen* Verschiebungen zwischen Exportüberschußländern und Volkswirtschaften mit Importüberschüssen gibt. Importüberschüsse müssen letztlich

durch Kredite der Exportüberschußländer finanziert werden. Eine Kreditrückzahlung ist nur möglich, wenn die Exportländer irgendwann Importüberschüsse zulassen. Dem steht jedoch die interne Struktur in den exportstarken Volkswirtschaften entgegen; sie sind überhaupt nicht darauf eingestellt, über einen längeren Zeitraum, in dem die Schuldnerländer ihre Kredite zurückzahlen, Importüberschüsse zuzulassen. – Kreislauftheoretische Defizite zeigen sich auch bei der Interpretation des Phänomens branchenspezifischer Überkapazitäten der Weltwirtschaft (z. B. in der Stahlindustrie). Der Aufbau neuer Industriekapazitäten in der dritten Welt (Schwellenländer) erfolgte ohne klare Vorstellungen über den künftigen Bedarf. Es wurden Kapazitäten erweitert bzw. neu geschaffen, ohne daß sich auch eine entsprechende Nachfrage entwickelte bzw. entwickelt wurde. An diesem Phänomen zeigt sich sehr deutlich, daß gerade auf internationaler Ebene interventionistische Politik unabdingbar ist, wenn die Ungleichgewichte wieder beseitigt werden sollen.

- 27 Es ist bemerkenswert, daß nach jeder binnenwirtschaftlichen Beschäftigungsabschwächung der Exportanteil am bundesdeutschen Bruttosozialprodukt zugenommen hat. Die Exportsteigerung erwies sich in der Vergangenheit wiederholt als gangbarer Ausweg aus der binnenwirtschaftlichen Rezession. Bei stagnierenden Auslandsmärkten fällt es jedoch schwerer, den Exportanteil am Bruttosozialprodukt weiter zu steigern und Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen. Dies ist jedoch entgegen manchen Interpretationen kein Zeichen für verminderte internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, sondern die weltwirtschaftlichen Bedingungen verhindern in steigendem Maße, daß die Bundesrepublik ihre Wettbewerbsfähigkeit beschäftigungspolitisch nutzen kann. Vgl. zur These verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit: Internationale Wettbewerbsfähigkeit bei unterschiedlichen Sozialordnungen – USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. H. Besters, Baden-Baden 1982.

Der Anteil der Warenausfuhr am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland stieg im Trend seit den fünfziger Jahren kontinuierlich an, wie folgende Daten verdeutlichen.

Periode	Anteil der Warenausfuhr am BSP (Mehrjahresdurchschnitt)
1950–59	13,7
1960–65	15,3
1966–70	18,0
1971–74	19,6
1975–78	22,2
1979–81	23,7

- 28 „I have pointed out... that, under the system of domestic laissez-faire and an international gold standard such as was orthodox in the latter half of the nineteenth century, there was no means open to a government whereby to mitigate economic distress at home. except through the competitive struggles for markets. For all measures helpful to a state of chronic or intermittent under-employment were ruled out, except measures to improve the balance of trade in income account.“ Siehe Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest and Money*, Nachdruck 1964, S. 383.

- 29 Hierfür mag es gute Gründe geben, zumal sich kein klares Kriterium für eine „optimale“ Exportquote finden läßt. Möglicherweise sind Exportanteile am Bruttosozialprodukt von 25 oder mehr Prozent in einer stagnierenden Weltwirtschaft für Länder wie die Bundesrepublik schon als überhöht zu betrachten. Die Weltwirtschaftspolitik wird jedenfalls in Zukunft nicht darauf verzichten können, sich auch über das vertretbare Ausmaß der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit Gedanken zu machen, aber kurzfristig bleibt erst einmal die grotesk hohe Abhängigkeit von den Auslandsmärkten als Problem bestehen.